

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Preis: Einzelnummer 25 Pfg. Durch den Postweg 1,50 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat. Verlagsbüro Nr. 23 885, Sozialistischer Verlag G. m. b. H., Breslau. Fernsprech-Anschluss: Ring Nr. 587.

Sonnabend, den 13. August 1921

Anzeigenzettel: Die 8spaltige Mittelzeile ober dem Raum 0,20 Mk. enthält 0,00 Mk. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereine- und Veranlassungsanzeigen 0,40 Mk. Klebmer: Die Mittelzeile, 8spaltig ober dem Raum im Leg. 1. — Mk.

Die Landarbeiter im Kampf gegen die Verelendung.

Eine wahre Streikwelle durchflutet die Agrarbezirke Deutschlands, Streit der Landarbeiter an der Unterelbe und in Schleswig-Holstein, Streit in Mecklenburg und Sachsen, Bewegungen in Lippe, erneute Gärung nach kaum beendeten Streik in Borspommern, Streikbewegung auch in Hinterpommern. Bald vereinzelt auf Gütern und Dörfern, bald mehr oder weniger geschlossen in ganzen Bezirken und Kreisen treten die Landproletarier auf den Plan, um für ihre Existenz zu kämpfen gegen die Junker und Agrarkapitalisten.

Das Landproletariat befindet sich in der elendesten Lage. Minimale Gelddlöhne, unzureichende Deputate (Naturaldlöhne), die von den Junkern noch vielfach in ganz geringwertiger Qualität geliefert werden, lassen den Landarbeiter kaum das nackte Dasein fristen. Die Wohnungsverhältnisse sind menschenunwürdig, neben den reichen Palästen, in denen die Besitzer wohnen, gleichen die Wohnstätten der Landarbeiter Viehställen, ja sind oft noch schlechter als solche. Selbst der deutschnationale Abgeordnete Meyer, Bielefeld, mußte im Preussischen Landtage zugeben, daß die Unterkunftsräume der Landarbeiter keine menschenwürdigen Wohnungen sind. Die Großagrarien behandeln die Arbeiter mit der größten Brutalität. Die Betriebsräte werden überhaupt nicht beachtet und haben sich einfach der Willkür der Junker zu fügen. Die Agrarier denken gar nicht daran, die Bestimmungen bestehender Tarife über Lohn, Arbeitszeit, Lieferung von Naturalien usw. einzuhalten. Auf den Gütern spielen sich die dort untergebrachten reaktionären Weibgardisten als die Herren auf und tun ihr Möglichstes zur Schutriegelung der Landarbeiter. Deren Elend wächst mit der forschreitenden Verteuerung der Lebensmittel, während dem der Großagrarien daraus seine Riesengewinne erzielt. Wenn der Landarbeiter seiner Familie das Notdürftigste an Kleidung, Wäsche und Schuhwerk kaufen will, ist er genötigt, von seinem Deputat Lebensmittel zu verkaufen. Die Großagrarien verweigern den Landarbeitern jede Verbesserung ihrer Arbeitsverhältnisse. Der Junker von Röhre hatte die Schamlosigkeit, die Landarbeiter im Bundesblatt des Pommerschen Landbundes vom 30. Juli folgendermaßen zu verhöhnen:

„Vor einigen Tagen verfaßte ich einen Antrag an den Vorstehenden unserer Arbeitgebergruppe und bat ihn darin, mit Rücksicht auf die stark erhöhten Getreidepreise Verhandlungen mit der Arbeitnehmergruppe wegen einer allgemeinen Lohnerhöhung einzuleiten.“

Ich habe dann noch einige Tage über die Zweckmäßigkeit des Antrages nachgedacht und habe schließlich die Absendung unterlassen. Mancher Arbeitnehmer wird sicherlich schon genau wie ich gedacht haben, daß es nur recht und billig sei, wenn auf die Preiserhöhung eine Lohnerhöhung folge. Weil ich diesen Gedankengang voll und ganz nachempfinde, ja ihn selbst eine kurze Zeit geteilt habe, möchte ich nicht um der Arbeitgeber, sondern um der Arbeitnehmer willen kurz die Gründe ausführen, warum den Getreidepreisen die Löhne diesmal leider nicht ohne weiteres folgen können.“

Der freche Junker prophezeit dann, daß die Preise für Getreide bald sinken werden. Ebensovienig wie die pommerschen Junker ihren Arbeitern Zugeständnisse machen wollen, sind die Großagrarien anderer Gegenden Deutschlands bereit, den Landarbeitern ein Entgegenkommen zu zeigen.

Das Empörendste ist aber, daß die Bürokratie des Deutschen Landarbeiter-Verbandes sich als ganz unfähig erweist, ja gar nicht willens ist, die Kämpfe der Landarbeiter gegen das brutale Junkertum zu leiten. Diese Gewerkschaftsführer sind so auf die Arbeitsgemeinschaftspolitik eingestellt, daß sie überall die Sache der Landarbeiter offen verraten.

In Borspommern und auf Rügen hatte es die Bürokratie des DLV. verstanden, durch unaufhörliches Verhandeln mit den Junkern die Landarbeiter hinzuhalten. Und als diese, der ergebnislosen Verhandlungen müde, in den Streik traten, erklärten ihn die Verbandsinstanzen sofort als „wilden“ Streik. Der Verband verweigerte die Anzahlung von Streikunterstützung, die Gewerkschaftsführer trafen mit dem Landbund eine Vereinbarung und würgten den Streik auf diese Weise ab. Nachher piffen aber die Junker auf alle Abmachungen, Maßregelungen etc. erfolglos in Massen und die Großagrarien forderten den DLV. heraus, die vereinbarte Anzahlung doch auf dem gerichtlichen Instanzenweg zu erzwingen. Offene Verhöhnung der Landarbeiter und ihrer Organisationen!

Die Einheitsfront im Kampf gegen Brotwucher und Steuerraub!

Die Berliner städtischen Arbeiter und Angestellten für die geschlossene Kampffront.

Der letzte Monat war der teuerste, den Deutschland je erlebt hat. Die Preissteigerung fängt aber erst an und geht immer rasider vor sich. Die Lebensnot steigt immer schneller. Die Regierung wälzt der Arbeiterschaft unerträgliche Lasten auf und deckt den Rest.

Aber die Arbeiterschaft steht dem nicht ganz untätig gegenüber. Von vielen Orten der Republik laufen Nachrichten ein, daß die Arbeiter ohne Unterschied der Partei und auch alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sich einheitlich zusammenschließen zum Kampfe gegen die Steuerlasten, zum Kampf gegen die Verteuerung, zum Kampf gegen die Reaktion, der die Regierung für und für öffnet. Ebing, Straßburg, Königsberg, Bremen sind die ersten Sammelorte des erwachenden Proletariats, das entschlossen ist, die geforderten Steuern auf keinen Fall zu bewilligen, das es niemals zulassen wird, daß Arbeiterparteien die Unterschrift unter Dekrete geben, die in Wirklichkeit umgesetzt, die Krankheit und den Hungertod von Hunderttausenden bedeuten. Der einheitlich vorgehenden Arbeiterschaft ist der Sieg unzweifelhaft.

An einem neuen Kampfort von entscheidender Bedeutung haben die Arbeiter den Weg zur Einheit gefunden. Über 2500 Funktionäre aller Parteirichtungen, als Vertreter von über 150 000 städtischen Arbeitern und Angestellten verlangten einheitlich:

1. die sofortige Bildung der proletarischen Einheitsfront zum Kampf gegen die Steuerbelastung, zum Kampf gegen die Verelendung,
2. die sofortige Aufnahme des Kampfes für die reiflose Durchführung der 10 Forderungen des ADGB.

Ferner protestierten die Funktionäre einstimmig gegen die Verschleppung der Aufklärung der Ermordung Sells. Sie forderten von der Gewerkschaftskommission sofortige energische Schritte zur Aufklärung der Mordtat.

Wo Arbeitervertreter auch der verschiedenen Parteirichtungen über die jetzige Situation und über die zu unternehmenden Schritte gemeinsam beraten, gelingt es ihnen, eine gemeinsame Basis zum gemeinsamen Vorgehen für ihre Lebensinteressen zu finden. Sie wissen alle: Die Steuern können wir nicht annehmen. Die Lasten des Ultimatus müssen von dem Kapital getragen werden. Die Reaktion muß bekämpft werden und nicht nur mit Worten.

Überall müssen die Arbeiter sofort die Einberufung von Betriebsraterversammlungen durchsetzen. Ist die Einheit des Proletariats zum Kampf gegen die Verelendung und gegen die Reaktion hergestellt, dann ist der Sieg des Proletariats gesichert.

Proletarische Einheitsfront gegen den Chauvinismus in Königsberg.

Auf Betreiben unserer Organisation in Königsberg haben sämtliche drei proletarischen Parteien Königsbergs, die KPD, NSP. und SPD, die Jugendorganisationen der drei Parteien, das Gewerkschaftsstell Königsberg, das Ortskartell der Kfa, die beiden Kriegsbeschädigtenverbände, die akademisch-sozialistische Vereinigung, der Republikanische Führerbund und das Kartell für Arbeiterbildung, Körper- und Gesundheitspflege namens aller Königsberger Gesang-, Turn-, Radfahrer-, Touristen-, Samariter-, Schwimm- und sonstigen Sportvereine folgenden Aufruf zu einer

Protestdemonstration gegen den imperialistischen Kriegswahnsinn

erlassen, der sich sowohl in der Sprache wie in seinen Forderungen und Zielen überaus wohlwollend abhebt von den schwächlichen Aufrufen, die wir unlänglich der „Nie-wieder-Krieg“-Demonstrationen am 31. Juli erlebt haben. Der Aufruf lautet:

erzwingen. Offene Verhöhnung der Landarbeiter und ihrer Organisationen!

In Sachsen schlossen die DLV.-Bürokraten mit den Gutbesitzern einen Tarifvertrag ab, der den heftigsten Widerspruch der Landarbeiter fand. In der Amtshauptmannschaft Leipzig hatten die Arbeiter verlangt eine Erhöhung des Barlohnes um 1,50 Mark pro Stunde, eine geregelte Arbeitszeit von 2400 Stunden im Jahr, Einstellung aller arbeitslosen Landarbeiter unter evtl. Verrückung der Arbeitszeit, Erhöhung des Deputats, gleiche Löhne für Männer und Frauen, Verbot der Nachtarbeit und Ausbesserung der Wohnungen. Die Vereinbarungen des DLV. mit den Agrariern brachte den Landarbeitern nichts als 20 bis 45 Pfg. Lohnzulage. Das Lehnen die Arbeiter ab. Unter dem Eindruck des einmütigen Kampfeswillens der Mitglieder mußte die Kreisleitung des DLV. im Leipziger Bezirk sich für den

Die nationalistischen Parteien, die Verbände nationalistischer Offiziere und Soldaten rufen zum 14. August zu einer Tannenbergsfeier in Königsberg auf. Dahinter verbirgt sich das Bestreben der Kapitalistenklasse, das Proletariat zu knechten und es zu willigen Schlachtopfern im Interesse der Profitwirtschaft zu machen. Demgegenüber rufen die unterzeichneten Organisationen die Bevölkerung Königsbergs auf zu einer machtvollen Willenskundgebung gegen den imperialistischen Krieg am Sonntag, den 14. August, vormittags 11 Uhr, auf dem Walter-Simon-Platz. Ein Schrei ging im November 1918 durch die Massen

Nie wieder imperialistischer Krieg!

Wir wiederholen heute diesen Ruf. Er entspringt nicht der Schwäche und der Sehnsucht nach Ruhe, sondern er ist ein Kampf, eine Warnung an die gegenwärtige blutbesteckte Gesellschaftsordnung! Denn darüber seid euch klar, daß nur das Ende der kapitalistischen Weltwirtschaft das Ende jedes Krieges bedeutet! Denkt an die Kappabellen, die heute noch frei herumlaufen, und denkt an die Tausende von Arbeitern, die die Ausnahmejustiz hinter Gefängnis- und Zuchthausmauern steht!

Entschließt euch zum Kampf gegen den Kapitalismus, Militarismus und Imperialismus!

Für die soziale Revolution und den Sturz des Kapitalismus!

Einheitsfront aller Arbeitenden gegen Brotwucher und Steuerraub in Bremen.

Die drei politischen Arbeiterparteien sowie der Ortsausschuß des ADGB. in Bremen rufen auf zu einer Massendemonstration gegen die Verteuerung aller Lebensmittel gegen die Offensive des Unternehmertums. In dem Aufruf heißt es:

„Ihr Proletarier, Arbeiter, Angestellte, Beamte, Witwen und Invaliden, die ihr die Blutopfer des Krieges gesteckt habt, ihr dürft euch nicht nun noch auch die Lasten des sogenannten Wiederaufbaus aufbürden lassen.“

Wagt es der Reichstag, wagt es die Regierung, diese ungeheuren Lasten euch aufzuerlegen, dann antwortet mit dem einstimmigen Ruf nach Erhöhung der Löhne, der Gehälter und Renten.

Zu gleicher Zeit aber seid euch klar, daß auch dann nicht die Wurzel des Übels getroffen wird.

Nur, indem das Proletariat die politische Macht erobert, wird es fähig sein, der kapitalistischen Anarchie ein Ende zu machen, und die sozialistische Gemeinwirtschaft aufzubauen, die allen die Erlösung aus Hunger und Elend bringt.

Nieber mit der kapitalistischen Wirtschaft!

Nieber mit den Trägern dieses schandwürdigen Systems und seinen Beauftragten, der Mehrheit des Reichstags und der Regierung!

Es lebe die Solidarität der Arbeiterklasse!

Die unterzeichneten Organisationen fordern die Arbeiter, Angestellten und Beamten, Männer und Frauen des arbeitenden Volkes auf, am Sonnabend, den 13. August, nachmittags 3 Uhr auf dem Spielplatz an der Nordstraße zu einer mächtigen Kundgebung gegen den Brotwucher zu erscheinen.

Verlaßt rechtzeitig die Arbeitsplätze, jeder der bei dieser Demonstration fehlt, ist ein Verräter an der gemeinsamen Sache des Proletariats.“

Ortsausschuß des Allgem. deutschen Gewerkschaftsbundes. Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands (Sektion der 3. Internationale).

Streik erklären. Die Gauleitung und der Hauptvorstand sabotierten indessen den ausgebrochenen Streik mit allen Mitteln, und es gelang ihnen, den Zusammenbruch des Streiks herbeizuführen. Die sozialistische Regierung Sachsen hatte gegen die streikenden Landarbeiter die „Technische Nothilfe“ mobilisiert und mit Hilfe dieser Streikbrechergarde, gefandt von Lipinski, Fellich usw. und dank des Verrates der DLV.-Bürokratie konnten die Großagrarien triumphieren.

Auch gegen die streikenden Landarbeiter in Schleswig-Holstein nehmen die DLV.-Bürokraten unter Führung des Gauleiters Hansen Stellung. Nachdem die Arbeiter monatelang durch ergebnislose Verhandlungen hingehalten worden waren, haben sie am 31. Juli in der Konferenz von Keumünster beschlossen, ihre Angelegenheit selbst in die Hand zu nehmen. Sie legten

Mitglied der Roten Gewerkschaftsinternationale dem Bunde angehöre. Die russischen Genossen hatten sich trotzdem bemüht, auf dem Kongress vertreten zu sein. Sie haben zuerst ihre Mandate infolge Einreisefürsorgeleistungen einem Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes, dem Genossen Ruch, Berlin, übertrugen. Nach diesem Bericht des Sekretärs lehnte es der Kongress ab, über die Frage der russischen Delegation überhaupt zu diskutieren. So zeigte sich schon am ersten Tage, welche Arbeit dieser sorgfältig geführte Kongress leisten wird.

Von der weißen Justiz verurteilte Proletarier sollen helfen, ihre Klassegenossen niederzuschlagen.

Aus Brestin und Umgegend wird uns mitgeteilt, daß im dortigen Baugewerbe sowie in der Metallindustrie Arbeiter entlassen werden. In sich ein Vorgang, wie er heute überall zu Tage tritt, aber hier handelt es sich nicht um Entlassungen aus Arbeitsmangel, sondern der Zweck ist der, vorzüglich das Heer der Arbeitslosen zu vergrößern und um erhöhte Ausbeutung der Armen. Die Herren Unternehmer wissen, daß die billigsten Arbeitskräfte in den Zuchthäusern und Gefängnissen zu finden und zu haben sind. Deshalb wenden sich die Unternehmer aus Brestin und Umgegend an die Strafankast Pahlenburg um Ueberweisung von Strafgefangenen zur Befehung der durch Entlassung freigewordenen Arbeitsstellen, die ihnen auch bereitwilligst gewährt werden. Vor allen Dingen wollen die Unternehmer die anlässlich der Kämpfe von der Klassenjustiz zu Zwangsarbeit verurteilten Proletarier als billige Arbeitskräften zur Verfügung bekommen. Die Arbeiterklasse muß sich mit allen Mitteln gegen diese Majennentilgungen und schamlose Ausbeutung mehrerer politischer Inhaftierter wenden. Per mit der Kontrolle der Produktion und Freilassung aller politischen Gefangenen.

Streik in der Stralauer Glashütte.

Um ihre abgeriffene Kleidung etwas wieder aufzubessern, stellten die Stralauer Glasarbeiter die Forderung einer einmaligen Selbstentlohnung. Trotzdem ein Betrag von mehreren tausend Mark erforderlich gewesen wäre, um die zerrissenen Sachen auch der Familienangehörigen zu ersetzen, forderten die Glasarbeiter nur einen Betrag von 600 Mark. Die Direktion der Stralauer Glashütte lehnte jedoch die Auszahlung dieser geringfügigen Summe kategorisch ab. Der angerufene Schlichtungsausschuß fällt einen Schiedspruch, wonach ein Vergleich auf der Grundlage von 450 Mark zustande kommen sollte. Aber auch diesen lächerlich geringen Betrag verweigerte die Direktion der Glashütte. Daraufhin traten am Montag sämtliche Glasarbeiter einmütig in den Streik. Nur die Notstandsarbeiten werden verrichtet.

Die Stralauer Glashütte ist bekannt durch die Zahlung von Hungerlöhnen. Vor dem Kriege finanziell auf schwachen Füßen, gelang es ihr durch rücksichtslose Ausbeutung der Arbeiter während des Krieges und Exportgeschäfte während der Nachkriegszeit, ihre Finanzen wieder so zu sanieren, daß sie das letzte Jahr 20 Prozent Dividende auszahlen konnte. Während die Dividenden immer fetter wurden, verelendeten die Glasarbeiter dank der Hungerlöhne immer mehr. Um ihre riesigen Profite unterzubringen, baut die Glashütte seit Jahren bereits die kostspieligsten Anlagen. Wenn aber die abgemagerten verarbeiteten Glasarbeiter, um nicht zu verhungern, und um nicht in Lumpen zu gehen, Forderungen stellen, dann ist kein Geld vorhanden.

Der Kampf der Stralauer Glasarbeiter um ihre berechtigten Forderungen ist ein Teil des notwendigen Kampfes der gesamten Arbeiterklasse gegen die steigende Verelendung und Unternehmerrationalität. In dem Maße, wie die proletarische Front der Arbeiter aller Parteien in diesen Kämpfen wächst, wird die Arbeiterklasse ihre Existenz erkämpfen und sichern. Auf diesen einheitlichen proletarischen Kampf müssen die Gewerkschaften unter Ueberwindung der Gegenwehr der Bürokraten eingestellt werden. In allen Gewerkschafts- und Betriebsratversammlungen muß die Arbeiterklasse diese Notwendigkeiten für ihren Existenzkampf auf die Tagesordnung setzen.

Der „Treuhand“ Emil Barth.

Die Berliner „Mote Fahne“ schreibt:

„Freiheit“ und „Vorwärts“ fahren fort, Emil Barth in Schutz zu nehmen, der, nachdem er gegen den Genossen Edert die niederträchtige Verleumdung der persönlichen Unterschlagung erhoben hatte, nun diese Anschuldigung zwar zurückgenommen hat, aber immer noch jammerlich über die politische Unterschlagung, die die Berliner Unterfützungskommission begangen haben soll. Treu und Glauben soll durch sie gebrochen worden sein. Also, weil Emil Barth, der dem engeren Vorstand der Unterfützungskommission nicht angehört, von der Ueberführung der Gelder auf eine andere Bank nicht benachrichtigt worden ist, wurde diese unglaubliche Verleumdungskampagne

Arbeitsfriede.

Copyright by Der Malik-Verlag, Leipzig.

Schluss) Von Franz Jung.

Und die beiden Tränen kamen unaufhörlich. Sie hörte kaum auf die Worte, die der Fremde da sprach. Nur war es ihr, als säße er sie dann besonders an. Und es war auch etwas in ihrer Brust, das davon zerging und sich auflöste, ein Änuel, der sich entwirrt und in Tränen zerließ. Es war nicht dieser bohrende, wühlende Schmerz, der verzweifelt — es war mehr eine stille, milde Hoffnungslosigkeit. Wie kann es bei uns anders sein, wir armen Menschen, im Unglück — und sie dachte nicht mehr an den Fall, an den sich jemand in solchem Falle noch klammern kann. Ihr Leben ist wie das Wasserchen, das dahinfließt und keine Spur weiter lassen wird. Und die Steine, die auf dem Wege liegen, werden darin einst nicht mehr sein. Mehr dachte sie nicht. Und der Blick des Rebners lastete auf ihr und ließ sie wimmern. Wie sie eben noch wieder einmal in der Bewältigung gewesen war, vielleicht daß sich ein Aufschub ermöglichen ließe. Aber der neue Verwalter, der noch gar keinen Heberblick hatte und dem die sich häufenden Renanmeldungen über den Kopf wuchsen, hatte das hart abgelehnt. Sie hatte doch noch keine Wohnung, und wo sollte sie denn hin — aber der ließ es nicht gelten. Das Haus war ja längst vergeben. Er wurde ungeduldig, er löste doch auch nicht dafür. Und dann hatte Anna sich an ein paar Nachbarsleute gewandt. Ob sie nicht fürsprache einlegen wollten. Es war nicht das erste Mal, daß sie darum gebeten hatte. Es war ihr halt immer wieder so, als ob sie noch nicht alles versucht hätte. Vielleicht wird jemand etwas tun, ein Wunder — so fühlte sie. Aber die hatten nur die Achseln gezuckt. Vielleicht hatten sie sogar eine böshafte, hämische Redewendung auf der Zunge. Denn um die Merkel kann sich niemand klammern. Aber Anna hatte doch einen Trost gefunden. Sie verstand besser, was sie sagen wollten. Sie hörte es aus sich selbst heraus und die Leute waren ja auch nicht böse zu ihr. Wenn sie nur eben hätten

können, frei und ungezwungen aus dem Herzen, würden sie vielleicht gesagt haben: Für uns beide ist es besser, du gehst. Wir können es nicht ändern. Du bist hier nicht glücklich gewesen. Geh an einen anderen Platz. Du wirst dort glücklicher sein. Und vergiß uns. Wir wollen dir nicht weh tun. Aber du siehst doch, wie es hier geht. Wir finden uns selbst nicht zurecht. Geh wo anders hin. — Und wenn Anna geschrieben hätte: Hier gerade bin ich glücklich, laß mich hier — so hätten sie es nicht gehört. Unmöglich verstanden. Und auch Anna begann zu zweifeln, und es war, als ob die Tränen stehen blieben und sich befammen und dann schneller rollten.

Schlusswort.

Wieder gleitet die Zeit ein Stück weiter. Die ein Gletscher, der auf seinem Rücken den Schutt der Felsengebirge zum Abgrund trägt.

Der Leser erwartet vielleicht jetzt die Fanfare. Es wäre ein Leichtes, damit zu schließen. Wir aber wollen alle Kraft darauf verwenden, den Schwall der Worte zu beseitigen und das Herz zu öffnen. Nicht von außen wird jener Koloss, der die soziale Revolution ist, in die Welt, uns ins Land geschoben, sondern es erwächst aus uns selbst, aus unserem Glauben und unseren Opfern. Das ist die Macht, die wir erobern. Lassen wir uns nicht täuschen von äußeren Begleiterscheinungen. Sie wecheln ständig und wir werden, sie zu fangen, immer eine Sekunde später sein. Man kann sagen, die Macht erobert ist das Zeichen geben. Das wir sie schon besitzen. Nun, wenn wir die Masse derer überschauen, die arbeiten wollen, ganz einfach tätig sein, so muß man begreifen: Wir besitzen die Macht bereits. Warum? — Weil wir uns nicht heranziehen mit dem Zeichen? Weil wir an die Wahrheit der einzelnen Inhalte nicht glauben, weil unser bisheriges Leben zu zerstückelt, zu wenig offerbereit, zu wenig Gemeinschaft ist. Denn das Zeichen ist, daß wir gemeinsam und für die Gemeinschaft arbeiten. Wer soll dem widerstehen können? Eine Regierung? Beamte, Soldaten? Sind das kleinere Riesen oder nicht auch Menschen wie wir? Sollten wir, die wir an die Gemeinschaft glauben

von 2 Dampfschneidmaschinen zu geben. Diese Maschinen gehörten aber nicht einmal der „Freiheit“. Nach den Geschäftsunterlagen der Merzenthaler Maschinenbau-Gesellschaft waren die Maschinen solange Eigentum der Firma, bis sie restlos vom Besteller bezahlt waren. Genosse Edert erhob Einspruch und erklärte in dieser Sitzung, daß nur die Gesamtkommission der Unterfützungsklasse der Berliner Arbeiterklasse nach Annahmemaße des Vertrages berechnigt wäre, eine Entscheidung zu treffen. Diese Sitzung fand auch statt, das Protokoll wurde jedoch abgelehnt. Der Anfang und 2 Paragraphen des Vertrages, die wir hier folgen lassen, werden jedem Arbeiter deutlich zeigen, wie ungeheuer leichtfertig es gewesen wäre, die Gelder, die zur Unterfützung politischer verfolgter Arbeiter dienen sollen, auf diese Weise festzulegen.

September 1920.

Entwurf.

- erschienen heute.
1. der ... Emil Barth zu Renteln ... zu Renteln.
 2. der ... Emil Barth zu Renteln ... zu Renteln.
 3. der ... Emil Barth zu Renteln ... zu Renteln.
 4. der ... Emil Barth zu Renteln ... zu Renteln.
 5. der ... Emil Barth zu Renteln ... zu Renteln.

Die Erschienenen an 4. und 5. sind Vorstandsmitglieder der ...

Die ...

Die ...

Die ...

Die ...

Die ...

Die ...

Die ...

Die ...

Die ...

Die ...

Die ...

Die ...

Die ...

Die ...

Die ...

